



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

B 50 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021 – 2024; mit Entwurf des Voranschlags 2021 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2021 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Antrag Sager Urban zu S. 26 / 2.1.3 Allgemeine Annahmen zu den Wachstumsraten: Im Voranschlag 2021 ist für das generelle Wachstum des budgetwirksamen Personalaufwandes 1 Prozent einzustellen.

Urban Sager: Wir haben den Angestellten des Kantons Luzern ein Versprechen gegeben. Vor drei Jahren bei der Behandlung des Konsolidierungsprogrammes 17 (KP17) haben Sie vor dem Hintergrund der bereits zu diesem Zeitpunkt mehrjährigen Nullrunden dem Personal das Versprechen abgegeben, dass sich das in Zukunft ändern wird und dass der Kanton Luzern wieder zu einer verlässlichen Lohnpolitik zurückfindet. Nicht zuletzt auch, um die Arbeitgeberattraktivität zu erhöhen, ist es zentral, dass der Kanton Luzern mit seinen Löhnen vorwärtskommt, weil sie unterdurchschnittlich sind. Dass das direkte Auswirkungen auf die Stellenbesetzungen hat, können wir im vorliegenden AFP an sehr vielen Stellen lesen. Wir haben heute Morgen eine entsprechende Bemerkung dazu überwiesen. Genügend und vor allem fachlich gut ausgebildetes Personal zu finden, wurde zu einer grossen Schwierigkeit. Entsprechend braucht Luzern hier einen Schub, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das gelingt nur, wenn endlich bei der Lohnentwicklung Kontinuität eintritt. Darin sind wir uns im Grundsatz mehrheitlich einig. Jetzt wurde die Kontinuität aber wieder gedämpft. Es wird argumentiert, dass das in der jetzigen Pandemiesituation einfach nicht gehe und ein falsches Signal darstellen würde. Solidarität mit dem Privatsektor sei gefragt. Dem widerspreche ich dezidiert. Zur Solidarität mit dem Privatsektor: Wo war die Solidarität, als ein Abbaupaket das andere gejagt hat und die Lohnmassnahmen bei den Angestellten des Kantons Jahr für Jahr ausgesetzt wurden, während im Privatsektor in dieser Zeit durchaus eine ansehnliche Lohnentwicklung stattfinden konnte? Zudem gibt es «den Privatsektor» gar nicht. Selbstverständlich gibt es viele Wirtschaftsbereiche wie die Gastronomie, die Event- und die Reisebranche, die Kulturbetriebe und weitere, die unter dieser Krise im Moment sehr leiden. Es gibt aber auch viele, die nicht direkt davon betroffen sind, und es gibt auch Branchen, die von der Pandemie profitieren. So werden entsprechend auch Corona-Boni ausbezahlt, das jüngste Beispiel bildet die UBS mit 30 Millionen Franken. Daher kann man das Argument der Solidarität mit dem Privatsektor also auch umdrehen und die Lohnmassnahmen damit begründen, denn dem Staat geht im Moment in keiner Art und Weise die Arbeit aus, ganz im Gegenteil. Was uns in dieser Pandemie ganz deutlich aufgezeigt wird, ist, dass wir alle die Krise mit einem starken Service public und einem funktionierenden Staat meistern. Damit sind die Menschen gemeint, die für den Staat arbeiten: die Verwaltungsangestellten, welche all die kurzfristigen Massnahmen umsetzen, mit den Menschen in Kontakt sind, viele Fragen klären, Formulare erklären und auch Widerspruch und Kritik aushalten müssen; die Lehrerinnen und Lehrer an den Volksschulen, welche dafür sorgen, dass das

Homeschooling funktioniert, und ihren gesamten Unterricht von einer Woche auf die andere digitalisiert und umgestellt haben, Hunderte von Stunden Arbeit, welche bis heute in keiner Weise entlohnt wurden; die Polizisten und Polizistinnen, die unter schwierigen Bedingungen dafür sorgen, dass die Einschränkungen in der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit umgesetzt werden und damit die staatlichen Massnahmen direkt vor den Bürgerinnen und Bürgern vertreten und verteidigen. All diese Menschen sind das Rückgrat unserer Pandemiebekämpfung. Auf ihre qualifizierte Arbeit sind wir angewiesen. Sie dürfen gerne für diese Menschen applaudieren, Sie dürfen sie gerne in all ihren Reden und Ansprachen loben. Was aber wirklich zählt, ist, dass wir unser Versprechen ihnen gegenüber einhalten und ihre Arbeit fair entlohnen. Die versprochene Lohnentwicklung muss umgesetzt werden, und darum bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK nicht vor, ich kann Ihnen keine Abstimmungsempfehlung abgeben. Der Antrag hat in dieser Form einen Mangel, weil er keinen Bezug nimmt zu den Globalbudgets. Trotzdem denke ich, dass der politische Wille dahinter klar ist. Es werden einfach alle Globalbudgets gemäss dem Personalaufwand dementsprechend anzupassen sein, und Finanzdirektor Reto Wyss wird nun noch erklären, was dies genau bedeutet.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Im Voranschlag 2021 sind für das generelle Wachstum des Personalaufwandes budgetwirksam 0,5 Prozent eingestellt. Zusammen mit dem Mutationseffekt von ebenfalls 0,5 Prozent steht also für Personalmassnahmen 1,0 Prozent zur Verfügung. Die Prognosen für die Teuerung 2021 liegen aktuell bei -0,3 Prozent. In Anbetracht dessen und dass wir mit einer Notverordnung die Schuldenbremse für 2021 ausser Kraft setzen müssen, und insbesondere auch im Vergleich dazu, was vermutlich in der Privatwirtschaft für das kommende Jahr zu erwarten ist, sind wir der Meinung, dass dieser Antrag abzulehnen ist. 0,5 Prozent entsprechen 3 Millionen Franken. Sie würden also das Budget 2021 mit dieser Summe zusätzlich belasten. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag Hofer Andreas zu S. 247 / H6-2052 BUWD - Öffentlicher Verkehr: Das Globalbudget ist um 0,5 Mio. zu erhöhen. Diese Erhöhung soll in den Beitrag an den VVL fliessen.

Andreas Hofer: Ich weiss, Sie finden diesen Antrag, das Globalbudget für den öV um 500 000 Franken zu erhöhen, sehr sympathisch, und Sie haben durchaus Verständnis für das Anliegen der G/JG-Fraktion, werden den Antrag aber trotzdem ablehnen. Ich habe meine Ausführungen am Morgen unter Traktandum 10 zum AFP gemacht und möchte mich nicht wiederholen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK nicht vor, ich kann Ihnen keine Abstimmungsempfehlung abgeben.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich habe es schon beim AFP gesagt: Der VVL verfügt über rund 10 Prozent Eigenkapital. Im AFP ist ab 2022 bereits eine Erhöhung eingestellt. Es gibt für das Voranschlagsjahr 2021 keinen Handlungsbedarf. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag Bärtsch Korintha zu S. 258 / H7-2040 BUWD Umwelt und Energie: Der Beitrag des Kantons Luzern zum Förderprogramm Energie soll im Budget 2021 5 Mio. betragen. Dementsprechend soll das Globalbudget der Uwe in der Erfolgsrechnung um 3 Mio. erhöht werden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK vor. Er unterlag mit 12 zu 4 Stimmen in einer Eventualabstimmung einem anderen Antrag, welcher einen tieferen Betrag vorgesehen hat. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Korintha Bärtsch: Beim Klimaschutz sind wir leider nicht im Schlusspurt, sondern am Anfang eines Marathons. Wir haben eine riesige Aufgabe vor uns. Die Grünen und Jungen Grünen wollen für das nächste Jahr die Mittel im Energieförderprogramm erhöhen, weil wir eine grosse Notwendigkeit dafür sehen. Dieses Jahr waren die Mittel des Energieförderprogramms Ende Sommer ausgeschöpft, die letzten paar Monate und auch jetzt steht kein Geld mehr zur Verfügung. Alle, die durch das Energieförderprogramm motiviert wurden, etwas für den Klimaschutz zu machen, ihr Gebäude zu sanieren oder ihre Heizung zu ersetzen, bekommen jetzt nichts mehr vom Kanton. Vielleicht machen sie die Investition trotzdem, weil es eine gute Sache ist, oder sie brechen das Projekt ab. Das wäre schade, und wenn wir so weiterfahren, wird es uns im nächsten Jahr wieder gleich gehen. Wenn man die jetzige Nachfrage anschaut, kann man von 1 Million Franken pro Monat ausgehen, im nächsten Jahr wird dies ähnlich aussehen, wenn alles gleich läuft wie jetzt. 11 Millionen Franken sind eingestellt, also werden auch im nächsten Jahr nicht alle von der Unterstützung profitieren können. Das ist schlecht für den Klimaschutz, es ist schlecht für die Kontinuität dieses Anreizsystems, und «First-come-first-serve» ist auch nicht das richtige Prinzip. Im Klimaschutz geht es darum, dass möglichst alle motiviert werden können, möglichst viel zu tun und ihre Gebäude zu sanieren und ihre Heizungen zu ersetzen. Es gibt auch noch einen anderen Grund, warum für das nächste Jahr die Mittel erhöht werden sollten: Die Sanierungsrate von Altbauten ist schlecht, und gerade dort werden die grössten Anstrengungen bei den Gebäudesanierungen nötig. Der Kanton Luzern ist mit seinen Beiträgen pro Quadratmeter Sanierungsfläche am untersten Level. Wenn er dort aufsteigen würde, könnten mehr Personen motiviert werden. Umliegende Kantone wie Uri oder Nidwalden sind da besser unterwegs und sprechen höhere Beiträge. Die G/JG-Fraktion möchte einen höheren Beitrag für das nächste Förderjahr 2021, wir wollen höhere Beiträge für die Sanierungsrate, denn wenn wir weniger Energie verpuffen lassen, muss man auch weniger heizen. Wir verlangen 5 Millionen Franken pro Jahr, damit es im nächsten Jahr sicher reicht und wir mit dem Klimaschutz im Kanton Luzern auch im Jahr 2021 vorwärtsmachen können.

Andy Schneider: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der G/JG-Fraktion. Das Förderprogramm Energie läuft ohne zusätzliche Mittel im Herbst jeweils aus, und mit den zusätzlichen Mitteln ist es möglich, die Anliegen bis Ende Jahr zu finanzieren. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Beitrag an das Energieförderprogramm im kommenden Voranschlag ist bereits von 0,8 Millionen Franken auf 2 Millionen Franken kantonsseitig erhöht worden. Das heisst, es stehen bereits mehr als 3 Millionen Franken zusätzlich zu den Bundesmitteln zur Verfügung. Insgesamt sind es rund 11,5 Millionen Franken, was ziemlich nahe bei der monatlichen Million ist, die prognostiziert wird. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag Amrein Ruedi zu S. 266ff. / H8-2020 BUWD - Landwirtschaft und Wald: Das Globalbudget der Dienststelle Lawa ist um 50 000 Franken für die regionalen Waldorganisationen zu erhöhen.

Ruedi Amrein: Ich bin auch für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, aber ich vertrete auch die Auffassung, dass man diese mit anderen Politikern abstimmen sollte. Ich frage nach Geld für regionale Organisationen, und ich bin Präsident einer solchen Organisation. Das nachgefragte Geld ist jedoch für die Beförderung. Sie haben beschlossen, dass man im Wald keinen Baum fällen darf, ohne dass vom Staat eine Bewilligung erteilt wurde. Sie haben beschlossen, dass die Beratung gratis sein muss. Sie haben beschlossen, dass die Aufgabe an private Betriebsförster zu übertragen sei. Sie konnten dadurch bei der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) mindestens zehn Försterstellen streichen. Sie haben im Rahmen des Sparprogramms eine Kürzung von 90 000 Franken durchgeführt bei

den Beiträgen, von denen man noch nicht wusste, ob sie ausreichen würden. Der Wald hat das mitgetragen, weil alle anderen auch Einschränkungen hinnehmen mussten. Die Umwelt brachte Stürme und Trockenheit. Dies hatte zur Folge, dass noch mehr Anfragen für die Beförderung eingegangen sind. Man könnte ja annehmen, wenn man weniger abholzt, dann gäbe es weniger Fragen. Es passierte aber das Umgekehrte. Dies bewirkte auch, dass im Moment der Markt völlig überlastet ist und viel Holz herumsteht und nicht abgeführt wird. Die gleichen Betriebe, welche die Beförderung durchführen, kommen über den Verkauf des Waldes nicht zu Geld. In einer Umfrage kam man auf 300 000 Franken, die nicht gedeckt sind. Man hat dann gesagt, man wolle 200 000 fordern und im 2021 nur 100 000, weil es nur ein halbes Jahr ist. Das hat einen Zusammenhang mit den Verträgen mit dem Kanton. Die Regierung hat dann tatsächlich 50 000 Franken eingestellt. Es geht jetzt um die anderen 50 000 Franken, die man nicht einstellen möchte, weil man das Budget nicht antasten möchte. Die Organisationen können dieses Geld nicht von einem anderen Ort hernehmen, denn dort fehlt es eben auch. Sie nagen im Moment an gewissen Grundlagen des Waldes, und das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine Umweltfrage. Gehen Sie einmal auf den Bramboden, dann sehen Sie, was für Auswirkungen wir haben, wo wir nicht viel machen können. Ganze Flanken mit toten Fichten sind zu sehen. Ich dachte, dass dieses Anliegen Chancen hat, denn es enthält für alle etwas Wichtiges. Das hat man heute auch mehrmals gehört. Es geht um eine gerechte Entlohnung der Förster, um eine korrekte Beförderung des Waldes, um eine nachhaltige Bewirtschaftung, um private Unternehmen, die überleben müssen, und es geht um die Umwelt und vor allem um den Verlust von Fachwissen. Wir kämpfen sonst schon damit, dass viele Leute die Forstwirtschaft wegen fehlender Perspektiven verlassen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Ich danke für die Unterstützung des Antrags.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK vor. Er wurde mit 13 zu 3 Stimmen abgelehnt. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Ich bin nicht ganz sicher, wie er überhaupt zu lesen ist. Wir haben auf Seite 267 des Globalbudgets bereits bei der RO eine Erhöhung von 40 000 Franken für das nächste Jahr. Ist die Differenz jetzt noch 10 000 oder 90 000 Franken? Wir lehnen den Antrag ab. Ich verweise auf die beiden Postulate P 298 und P 299 zu diesem Thema, welche wir wahrscheinlich morgen diskutieren werden.

Andreas Hofer: Der Antrag von Ruedi Amrein hat bei mir ganz viele Sympathien. Ich habe sehr viel Verständnis für sein Anliegen und für die Waldorganisationen. Aber ich persönlich werden den Antrag ablehnen. Ich habe heute Morgen, als es darum ging, eine von Valentin Arnold geforderte Million Franken zur Erhöhung der Biolandwirtschaft im AFP zu erreichen, gelernt, dass dies nicht in den AFP und nicht ins Budget gehört, sondern dass man so etwas in einer Fachkommission diskutieren muss. Ich mache den Vorschlag, dass Ruedi Amrein eine Motion einreicht, mit der er eine Revision des Waldgesetzes verlangt. Wenn man bei dieser Motion eine Mehrheit findet, kann man dies in der Fachkommission diskutieren. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hasan Candan: Sie werden verstehen, dass die SP von diesem Antrag nicht sehr begeistert ist. Wir haben auch sehr wichtige Punkte im sozialen, kulturellen und im Gesundheitsbereich. Überall fehlt das Geld. Da ist die Aussage der Bürgerlichen immer, dass man sparen müsse und nicht investieren könne. Jetzt wird gesagt, dass der Wald auch wichtig sei. Das ist richtig, aber es ist alles wichtig. Der Wald ist wichtig für unsere natürlichen Funktionen, für die Wertschöpfung, für Arbeitsplätze, für die Tiere und für unser Wohlbefinden. Ich freue mich, dass Ruedi Amrein sich getraut, diesen Antrag entgegen der Meinung seiner Partei und der Regierung einzubringen. Wir müssen neue Wege gehen. Wir dürfen uns nicht an den Finanzkennzahlen festhalten, sondern wir müssen sagen, was uns in unserem Kanton wichtig ist. Dort müssen wir investieren. In das, wir heute investieren, von dem profitieren die zukünftigen Generationen. Ich habe es gesagt: Wir sind nicht begeistert. Aber ein Teil unserer Fraktion wird diesen Antrag unterstützen, weil wir sagen, dass wir in

eine neue Richtung gehen müssen. Wir müssen nicht zwischen Ihrer und unserer Klientel unterscheiden. Es sind wichtige Aufgaben und Ziele, die wir diesen Organisationen gegeben haben. Dafür müssen sie genug Geld haben. Alle haben zu wenig Geld, weil wir überall gespart haben, auch bei wichtigen Leistungen im kulturellen, im sozialen und im Gesundheitsbereich. Deshalb bitte ich Sie, wie Ruedi Amrein mehr Mut zu haben und auch einmal mit uns zu stimmen, wie wir heute mit Ihnen stimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung lehnt diesen Antrag ab. Wir sind über das Departement mit diesen Organisationen ständig in Kontakt, ich habe das heute Morgen schon in der Diskussion zum AFP ausgeführt. Es ist Aufgabe des Departementes, die Summe zu überprüfen, entsprechende Prioritäten zu setzen und, falls notwendig, irgendwo zu kompensieren. Aber so kommen wir nicht zum Ziel. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag Arnold Valentin zu S. 265 / H8-2020 BUWD Landwirtschaft und Wald: Das Globalbudget ist um 0,5 Mio. zu erhöhen. Damit sollen Betriebsumstellungen auf Biolandwirtschaft unterstützt werden, um den Kantonsanteil an Biolandwirtschaftsbetriebe um 2 % zu erhöhen.

Valentin Arnold: Der Grundsatz meiner Politik ist, dass man Ursachen angehen und nicht Auswirkungen bekämpfen sollte. Genau darum geht es hier. Wenn man den Biolandbau in unserem Kanton verstärkt fördert, dann können wir die Ursachen des Biodiversitätsverlustes, der Pestizidrückstände im Grundwasser und des Phosphateintrags in unsere Seen und Weiteres angehen. Daher erstaunt es mich, dass man lieber viel Geld für technische Massnahmen wie Seebelüftungen ausgibt, als dass man endlich konsequent mit der Förderung des Biolandbaus vorwärtsmacht. Sehr wahrscheinlich kommt in einigen Jahren ein ähnlicher Antrag von bürgerlicher Seite, und dieser wird angenommen werden. Es ist schade, dass man heute noch nicht so weit ist. Den Schaden werden nicht Sie haben, sondern Ihre Kinder. Die Nachfrage nach Bioprodukten ist da, das hat man diesen Frühling gesehen. Im Lockdown sind die Bioimporte stark angestiegen. Wenn wir nicht selber produzieren, wird halt importiert.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK nicht vor, ich kann Ihnen keine Abstimmungsempfehlung abgeben.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben die Diskussion zu diesem Thema heute Morgen geführt. Die Haltung der Regierung beim Voranschlag 2021 ist dieselbe. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag Misticoni Fabrizio zu S. 275 / H8-2032 BUWD rawi: Das Globalbudget ist in der Erfolgsrechnung um 10 Mio. zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung sollen von Corona betroffene Wirtschaftsbetriebe, die «durch die Maschen fallen» bzw. keine Unterstützung von Seiten Bund erfahren, unterstützt werden. Insbesondere kleinere/mittlere Gastrobetriebe und Hotellerie, Einzelfirmen, KMU, Kreativwirtschaft und Kulturschaffende.

Fabrizio Misticoni: Wie sagt man so schön: Gouverner c'est prévoir. Jetzt haben wir die Chance, vorausschauend Mittel einzustellen für all diejenigen Unternehmen, die zwischen diese nicht genau definierten Maschen fallen werden und möglicherweise nicht von der Härtefallklausel des Bundes profitieren können und die daher in den nächsten Monaten Konkurs anmelden müssen. Föderalismus und Subsidiarität kann man nicht nur in guten Zeiten propagieren. In der Krise die Verantwortung für Entschädigungen an den Bund zu delegieren und abzuwarten, ist nicht nur unsozial, sondern auch unverantwortlich und für die langfristige ökonomische Zukunft unseres Kantons verheerend. Die zögerliche und unklare Haltung des Bundesrates sollte uns doch umso mehr Ansporn sein, für die Unternehmen im Kanton Luzern vorzusorgen. Unzählige KMU, die Hotellerie, Gastrobetriebe, Kulturbetriebe und all ihre Angestellten, die Steuern bezahlen, werden die Leidtragenden sein. Wir

sprechen hier von realen KMU, nicht von Briefkastenfirmen. Sie werden mir sicher entgegen, mit den 1,1 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds und der Albert Köchlin Stiftung seien die Anspruchsgruppen bedient. Wir haben es heute Morgen schon gehört: Diese Finanzierung hat leider einen entscheidenden Haken: sie gilt nur für Betriebe ab fünf Personen. Die beantragten zehn Millionen, oder 0,3 Prozent des Jahreshaushaltes, sind zudem angesichts der bevorstehenden Konkurswelle absolut vertretbar. Als Kanton kann man zurzeit Anleihen zu minimalsten Zinsen und mit einer Laufzeit von 50 Jahren platzieren. Verschuldung ist also momentan kein Problem. Wir haben eine Verantwortung. Die Luzerner Unternehmen brauchen unsere Unterstützung, und zwar jetzt, bevor das Licht im Betrieb zum letzten Mal gelöscht wird. Eine letzte Bemerkung: Wenn Sie der G/JG-Fraktion hellseherische Fähigkeiten unterstellen, schmeichelt uns dies natürlich. Wenn Sie sich jedoch immer hinter diesem Argument verstecken und immer wieder betonen, es sei der falsche Weg, ohne selber eine Zahl oder einen konkreten Unterstützungsvorschlag zu nennen, dann machen Sie es sich zu einfach und entlarven Ihren Unwillen, die finanzpolitische Weitsicht und die Verantwortung wahrzunehmen. Die vorliegende Forderung ist konkret, finanzierbar und nur für das nächste Jahr bestimmt. Es gilt jetzt Farbe zu bekennen. Ich stelle den Ordnungsantrag auf Namensaufruf.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der Antrag lag der PFK nicht vor, ich kann Ihnen keine Abstimmungsempfehlung abgeben.

Antrag Misticoni: Antrag auf Namensaufruf

Der Rat lehnt den Antrag ab. Das notwendige Drittel der stimmenden Ratsmitglieder wurde nicht erreicht.

Simone Brunner: Die Folgen der Corona-Krise werden uns auch im nächsten Jahr tagtäglich vor Augen geführt werden. Es gibt Betriebe, welche sich gut schlagen, die innovativ sind und trotz Krise gut wirtschaften. Aber es gibt auch Betriebe, welche nach innovativen Lösungen suchen, jeden Rappen zweimal umdrehen müssen und trotzdem durch alle Maschen fallen und nicht mehr weiter wissen. Darum hat der Regierungsrat – was die SP begrüsst – Massnahmen ergriffen, um solche Härtefälle zu unterstützen, dies zusammen mit der Albert Köchlin Stiftung in Form von Krediten, A-fonds-perdu-Zahlungen oder Belastungsleistungen für eine nachhaltige finanzielle Stabilisierung, was ich sehr wichtig finde. Aber diese Leistungen enden dieses Jahr und vielleicht schon vor Ende dieses Jahres, wenn das Geld vorher ausgeschöpft ist. Zudem können nur Betriebe ab fünf Vollzeitstellen Gesuche einreichen. Unklar ist im Moment auch, ob die Bundeslösung zur Härtefallregelung überhaupt schon Anfang 2021 in Kraft tritt. Es gibt viele Unbekannte. Genau aus diesen Gründen ist der Antrag der G/JG-Fraktion von 10 Millionen Franken im Voranschlag so wichtig. Die wirkungsvollste Form der Unterstützung – seien das Kredite, A-fonds-perdu-Zahlungen oder Beratungen – oder eben auch die Kriterien dafür, wer die Leistungen erhält, sollen situativ und rollend neu eingeplant und beurteilt werden. Sagen Sie Ja zu diesem Antrag, und erhalten Sie die Arbeitsplätze im Kanton Luzern. Die Arbeitsplätze sind der volkswirtschaftliche Motor unseres Kantons. Wenn wir diese nicht erhalten können, haben wir einen grossen volkswirtschaftlichen Schaden, den wir nicht brauchen können. Dies können wir mit diesem Antrag frühzeitig teilweise verhindern. Ich würde es sehr begrüssen, wenn wir diese 10 Millionen Franken aus einem ordentlichen Budget beziehen könnten und nicht den Griff in den Lotteriefonds machen müssten, was aus meiner Sicht rechtswidrig ist. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Jetzt befinden wir uns wirklich im Blindflug. Es gibt für die Bundeslösung der Härtefallregelung aktuell eine Vernehmlassung. Wir wissen nicht, ob diese zustande kommt oder nicht. Jetzt schlägt man hier einfach eine Summe vor, ohne zu sagen, ob das eine kantonale Lösung oder eine Lösung in Verbindung mit dem Bund sein soll. Es scheint mir nicht ganz seriös zu sein. Die Regierung hat hier eine klare Haltung. Wir warten die Entscheide des Bundes ab und prüfen dann, was aus unserer Sicht notwendig ist. Wenn wir

sehen, dass zusätzliche Mittel notwendig sind, werden wir Ihrem Rat einen entsprechenden Antrag zur Beschlussfassung unterbreiten, und dann können Sie darüber befinden. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2021 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, zu.